

# Dialog mit allen Bürgern

## SPD legt Positionspapier zu Integration vor

**NÜRTINGEN (pm).** Vor Kurzem hat sich die SPD auf ihrer Klausurtagung dem Thema der Integration gewidmet und ein Positionspapier verabschiedet. Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) meint hierzu: „Integration geht uns alle an. Deshalb ist es wichtig, dass alle Bürger miteinander in Dialog treten, um Maßnahmen zu entwickeln, mit deren Hilfe Integration gelingen kann.“

Er führt weiter aus, Integration sei ein Querschnittsthema, weshalb es nicht reiche, eine einzelne Maßnahme, beispielsweise in der Bildungspolitik, zu ergreifen. Ein Gesamtkonzept sei nötig. Arnold betont jedoch auch, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht problemlos vonstatten gehen. Engagement müsse von allen Seiten gefordert, es müsse aber auch gefördert werden. Andererseits müssten in Deutschland geltende Normen und Regeln von allen respektiert werden, nur so könne Integration gelingen.

Integrationsprobleme nur von der Herkunft her zu betrachten sei allerdings zu kurz gedacht. Probleme aufgrund fehlender Perspektiven betreffen gleichermaßen Immigranten wie Deutschstämmige. „Aufgabe der Politik ist es, Wege aufzuzeigen und auf kommunaler, Landes- und Bundesebene Chancen zu bieten“, so Arnold.

Zur Vermeidung von Identitätskonflikten und als Anreiz, sich im Gemeinwesen einzubringen, wäre es denkbar, das kom-

munale Ausländerwahlrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Weiter müssten die Integrationskurse gebaut werden. Das Gegenteil sei derzeit jedoch der Fall, so Arnold. „Schwarz-Gelb blockiert die notwendigen Haushaltsmittel und so konnten nicht ausreichend Kurse angeboten werden.“ Es wäre aus Arnolds Sicht auch wünschenswert, die Bezüge der Lehrkräfte zu erhöhen, denn sie leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Integration, was gesellschaftlich anerkannt werden müsse.

Eine weitere wichtige und dringend erforderliche Maßnahme wäre es, ausländische Studienabschlüsse anzuerkennen. Viele gut qualifizierte Migranten würden gerne arbeiten, dürfen aber nicht; so verschleudere man menschliche Ressourcen. Im Gesundheitssystem könnte man beispielsweise, anhand von festen Prüfungsregeln, die Zulassung zum Arzt auch nicht-europäischen Migranten erteilen.

Generell gelte: „Wir müssen den Dialog suchen und so Angst und das Gefühl von Entfremdung bekämpfen. Insofern wäre es wünschenswert, wenn viele das Positionspapier lesen und ihren Rat oder auch ihre Kritik direkt der SPD zukommen lassen würden“, sagt Arnold.

- **Das Positionspapier Integration kann über das Wahlkreisbüro, Telefon (0 70 22) 21 19 20, bestellt werden.**

NTZ

15/11/2011

S. 15